



# BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

## NEWSLETTER MAI 2025

### BERND RÜTZEL

Mitglied des  
Deutschen Bundestages

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreise:

Aschaffenburg und Würzburg

### WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

### BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

### MIT NUR EINEM KLICK:



## LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

das Mitgliedervotum war eindeutig – die SPD bleibt die gestaltende Kraft für Fortschritt und Zusammenhalt!

Jetzt aber gilt der Blick dem 1. Mai: Tag der Arbeit, Tag der Solidarität – aktueller denn je. Wir erinnern aber



auch an den 2. Mai 1933, als die Nazis die freien Gewerkschaften zerschlugen. Wer heute die Demokratie angreift, muss mit unserem entschlossenen Widerstand rechnen!

Am 8. Mai jährt sich das Ende des Zweiten Weltkriegs zum 80. Mal – ein Tag der Befreiung. Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit bleiben unser Auftrag – damals wie heute.

Danke an alle, die mit uns auf die Straße gehen, Haltung zeigen und anpacken!

Wir sehen uns bei den 1. Mai-Kundgebungen – laut, klar und solidarisch.

Eine gute Lektüre!

Euer

3



So geht es jetzt weiter in Berlin

4



1. Mai: Tag der Arbeit

6



Gedenken an Walter Kolbow

8



Arbeit & Soziales im Koalitionsvertrag

# KLARTEXT

## KIRCHEN MÜSSEN SICH EINMISCHEN - WAS DENN SONST?



Das Amt des Bundestagspräsidenten ist das zweithöchste politische Amt in unserem Land. Es soll parteipolitisch neutral und würdevoll ausgeübt werden, schließlich wird nach Artikel 40

des Grundgesetzes der Bundestag repräsentiert und damit das unmittelbar vom Volk gewählte Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland.

Seit wenigen Wochen ist Julia Klöckner als Bundestagspräsidentin im Amt und hat mit einem Interview zur Rolle der Kirchen nicht nur bei mir für Empörung gesorgt. Ausgerechnet an Karfreitag und ausgerechnet in der Bild-Zeitung kritisiert sie politische Äußerungen der Kirchen. Die machten sich damit austauschbar wie eine beliebige NGO. Zwei Fliegen mit einer Klappe: Klöckner teilt sowohl gegen die wichtige Arbeit von NGOs aus als auch gegen das gerade im sozialen Bereich unverzichtbare Engagement der Kirchen. Als Beispiel nennt sie eine Äußerung pro Tempolimit auf Autobahnen, die ich noch nicht mal wahrgenommen habe. Dafür zahle sie keine Kirchen-

steuern. Wofür dann – gefällige Positionen, die den ihnen entsprechen? Die Kirchen und die Parteien mit dem C im Namen hatten lange ein mehr als gutes Verhältnis. In vielen Fragen waren sie einig, z.B. beim Thema Schwangerschaftsabbruch. Das scheint sich zu ändern. Die Kirchen beziehen selbstbewusst eigene Positionen, sei es in Migrationsfragen oder beim Umweltschutz. Das könnte ein Grund für Klöckners Äußerungen sein. Die gebotene Neutralität hat sie damit jedenfalls verletzt.

Ich bin dankbar für politische Äußerungen von Kirchen und finde, dass sie sich einmischen sollten, ja sogar müssen. Ohne einen sehr politischen Papst Johannes Paul II. hätte es wohl keine Wiedervereinigung gegeben und wenn sich Kirchen sehr laut einmischen, wenn die CDU/CSU gemeinsam mit der AfD abstimmt, dann zeigt das, dass der Kompass der Kirchen stimmt.

Natürlich müssen auch die Kirchen Kritik aushalten. Inhaltliche Auseinandersetzungen gehören aber zur Demokratie.

## ZAHL DES MONATS

### 4.588

Zeilen lang ist der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD. Das sind gedruckt 144 Seiten. Sein Titel: „Aus Verantwortung für Deutschland“. Die Idee dazu hatte Lars Klingbeil. Und er hat

Recht: Es geht in diesen 4,588 Zeilen vor allem um Verantwortung für dieses Land. Das klingt nicht sexy, auch nicht wirklich nach Aufbruch. Aber es bildet den Ernst der Lage sehr gut ab. „Gegen schlechte Stimmung hilft nur gutes Regieren“ hat Lars am Wochenende der SZ gesagt. Nun denn, lasst uns damit beginnen. Mehr zum Thema findet Ihr ► **HIER** ◀

# MITGLIEDERVOTUM

DIE SPD-BASIS HAT ABGESTIMMT



Mein Kommentar zum Ausgang des Mitgliedervotums über den Koalitionsvertrag von Union und SPD gibt es mit Klick auf das Foto.

Wie geht es jetzt weiter? Am Montag werden wir die SPD-Mitglieder der künftigen Bundesregierung vorstellen und den Koalitionsvertrag unterzeichnen. Am Dienstag wählen wir den Kanzler. Dann werden die Ministerinnen und Minister bestellt und vereidigt. Dann geht die Sacharbeit los. Denn dann wissen wir die Zuschnitte der einzelnen Ministerien und entsprechend dazu werden die Ausschüsse gebildet.

# SPD-HANDSCHRIFT

IM KOALITIONSVERTRAG

Im neuen Koalitionsvertrag haben wir starke sozialdemokratische Schwerpunkte verankert:

- **Investitionen wie nie zuvor:** 500 Milliarden Euro für Schulen, Kitas, Klimaschutz, Wohnungsbau und sichere Jobs
- **Wirtschaft und Arbeitsplätze stärken:** ein kraftvolles Paket für neues Wachstum und sichere Beschäftigung
- **Gerechte Renten:** Sicherung des Rentenniveaus
- **Faire Löhne:** Der Mindestlohn steigt auf 15 Euro.
- **Familienförderung:** mehr Entlastung und gezielte Unterstützung für Familien
- **Chancengerechtigkeit:** deutlicher Ausbau für bessere Bildung und mehr Startchancen
- **Bezahlbares Wohnen:** die Mietpreisbremse bleibt
- **Klimafreundliche Mobilität:** das Deutschlandticket wird verlängert

Ich bin überzeugt: Wenn das Leben der Menschen einfacher wird, wächst auch wieder das Vertrauen in unsere Demokratie. Daran werden wir nun hart arbeiten.

Details zum Koalitionsvertrag aus Sicht meines Arbeitsschwerpunkts „Arbeit und Soziales“ auf Seite 8.

Koalitionsvertrag: ▶ **HIER** ◀

Kurzfassung: ▶ **HIER** ◀

In Leichter Sprache: ▶ **HIER** ◀



## 1. MAI

### TAG DER ARBEIT

Bevor wir am 1. Mai gemeinsam auf die Straße gehen, ein Blick zurück auf die blutige Geschichte dieses Tages:

**„Man kann nicht ewig wie ein Stück Vieh leben.“**  
August Spies hält am 1. Mai 1886 eine Rede auf dem Heumarkt in Chicago. In den Tagen darauf entscheidet sich das Schicksal der US-amerikanischen Arbeiterbewegung.

Spies, 30 Jahre alt, ist Herausgeber und Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“. Er stammt aus der Rhön und ist, wie Hunderttausende andere Deutsche auch, in die USA ausgewandert. Ins „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ - auch für verarmte deutsche Arbeiter und ihre Familien. Hofft man.

Doch es entpuppt sich als das Land der unbegrenzten Ausbeutung. Die Löhne sind erbärmlich. Eine Arbeitszeitbegrenzung gibt es nicht. Doch die Einwanderer bringen die Ideen des Sozialismus mit: Freiheit nicht nur für Fabrikbesitzer. Gerechtigkeit. Solidarität. Nach deutschem Vorbild entstehen Arbeiterbildungsvereine und deutschsprachige Zeitungen wie das „Unabhängige Organ für die Interessen des

Volkes“. So nennt sich die Chicagoer „Arbeiter-Zeitung“ im Untertitel.

Spies und seiner Zeitung verdankt die entstehende Arbeiterbewegung der USA ihren ersten spektakulären Erfolg. Ein Unternehmen, das seine streikenden Arbeiter ausgesperrt hat, sucht per Annonce rund tausend Ersatz-Arbeiter: Streikbrecher. Üblicherweise werden solche Stellen schnell besetzt; aus den Reihen frisch eingetroffener Auswanderer aus Europa. Doch die Arbeiter-Zeitung ruft dazu auf, die Stellenangebote nicht anzunehmen. Es melden sich nur 300 Interessenten. Das spricht sich schnell herum und macht Arbeitervereinen überall in den USA Mut, einen landesweiten Streik auszurufen. Ziel ist die Einführung eines Achtstundentags. In Chicago beginnen die Aktionstage am 1. Mai mit der Kundgebung auf dem Heumarkt (Haymarket).

Schon vor dem Streik hetzen unternehmerfreundliche Zeitungen gegen die Arbeiterbewegung. Die „Chicago Mail“ ruft dazu auf, ein Exempel zu statuieren – an den Anführern der Streikbewegung, namentlich an August Spies und anderen >>>

>>> Redakteuren der „Arbeiter-Zeitung“, sollte es zu Gewalttaten kommen. Der friedlichen (!) Kundgebung am 1. Mai 1886 folgen Streiks und weitere Versammlungen. Am 3. Mai erschießen Polizisten mehrere Arbeiter. Am folgenden Tag detoniert eine Bombe inmitten der demonstrierenden Menschenmenge. Unter den vielen Toten und Verletzten sind auch Polizisten. Die Kundgebung artet zur blutigen Schlacht aus. Polizisten feuern in die Menge. Hunderte von Demonstranten werden zum Teil schwer verletzt, einige Dutzend sterben. Es ist ein Massaker. The Haymarket Massacre. Die Kunde davon eilt um die Welt.

Niemand weiß, wer die Bombe geworfen hat. Bis heute nicht. Statt nach Tätern zu suchen, nimmt die Polizei angebliche Rädelsführer fest, darunter August Spies. Die meisten sind wie er deutscher Herkunft.

Ein Gericht verurteilt Spies und sechs andere zum Tode. Nicht etwa, weil ihnen irgendeine Gewalttat zur Last gelegt werden kann. Sondern weil ihre Ideen den unbekanntem Bombenleger zu dessen Tat ermuntert haben sollen. Die kapitalistische Kampfpresse stempelt die Verurteilten als gefährliche Anarchisten ab. Am 11. November 1887 werden August Spies, Albert Parsons, George Engel und Adolph Fischer erhängt. Am Vortag schon stirbt Louis Lingg – 1864 in Schwetzingen als Ludwig Höfler geboren – einen qualvollen Tod in der Gefängniszelle. Angeblich hat er mit einer dynamitgefüllten Zigarre Selbstmord begangen.

Der offenkundige Justizmord lähmt die junge amerikanische Arbeiterbewegung. In der öffentlichen Wahrnehmung wird sie sich nie von dem Ruf befreien, mit anarchistischer Gewalt im Bunde zu sein.



Eine der Folgen: Die USA haben bis heute keine nennenswerte sozialdemokratische Partei.

Beim Gründungskongress der Zweiten Internationale 1889 in Paris ist die Erinnerung an das Heumarkt-Massaker höchst lebendig. Die Kongressteilnehmer rufen dazu auf, am 1. Mai 1890 „gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten“ auf die Straßen und Plätze zu gehen, zur Erinnerung an die Märtyrer von Chicago. Der „Kampftag der Arbeiterklasse“ ist geboren.

Einer der letzten Sätze August Spies' war: „Die Zeit wird kommen, wo unser Schweigen stärker ist als die Stimmen, die Sie heute erdrosseln.“

Quelle: spd.de

# 5 DINGE ZU WISSEN ...

## ... über Walter Kolbow

### 1

Walter wurde in Kärnten geboren, genauer am 27.04.1944 in Spital an der Drau.

### 2

Seinen ersten Job trat er 1975 als Verwaltungsjurist im Magistrat der Stadt Frankfurt an.

### 3

Walter war nicht nur Stadtrat (und OB-Kandidat) in Würzburg. Er war auch Stadtrat in seiner Heimatgemeinde Ochsenfurt von 1972 bis 1976.

### 4

So lange wie er (1998 - 2005) war niemand Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung!

### 5

1999 war er Beauftragter der Bundesregierung für die Koordination von deutschen Hilfsmaßnahmen in Mazedonien. Der Geruch der Massengräber im Kosovo verfolgte ihn bis zuletzt in seinen Träumen, wie er mir erzählte.



AG 6oplus

## GEDENKEN

### AN WALTER KOLBOW

Gemeinsam mit der AG 6oplus haben wir als SPD-Bezirk Unterfranken unserem Ehrenvorsitzenden und ehemaligen MdB Walter Kolbow gedacht. Ein Jahr nach seinem Tod trafen wir uns am 29. April in Würzburg auf dem Waldfriedhof an seinem Grab.

Danach ging es ins Café Perspektive, dem gemeinnützigen Integrationsprojekt der Stadt Würzburg und des Bayerischen Roten Kreuzes. Bei Kaffee und Kuchen diskutierten wir über die Bundespolitik (mit mir), die Landespolitik (mit MdL Volkmar Halbleib), die Lokalpolitik (mit Würzburgs OB-Kandidatin Eva von Vietinghoff-Scheel und Bezirksrätin Eva Maria Linsenbreder) und bekamen aktuellen Infos zur Arbeit der AG 6oplus vom Bezirksvorsitzenden Harald Schmid. Ein Nachmittag im Zeichen der Trauer und der Politik.

Ich danke allen, die dazu beigetragen haben, dass wir unserem Ehrenvorsitzenden auf diese Weise würdig und hoffentlich ganz in seinem Sinne gedenken konnten.

Mehr zum Leben und Wirken von Walter findest Du

► **HIER** ◀

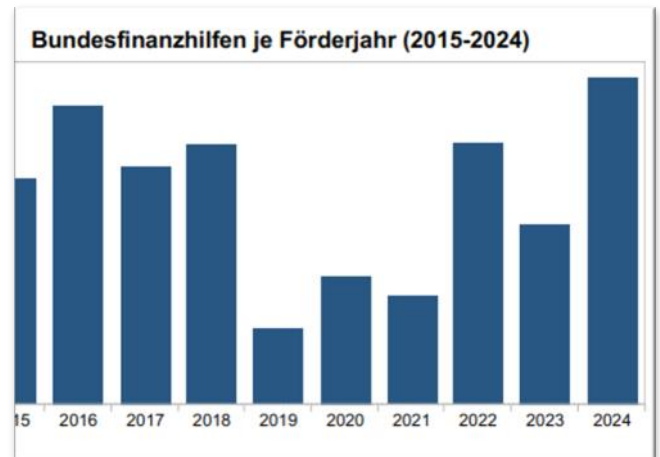
# TOP ▲ ▼ FLOP DES MONATS

## TOP: „Starke Stelle“ für Kommunalpolitiker

Innenministerin Faeser hat eine Ansprechstelle für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker eingerichtet, die bedroht werden. Die „Starke Stelle“ berät, wie man sich schützen und wehren kann und gibt Infos zu Hilfsangeboten vor Ort. Traurig, dass es so etwas braucht. Mehr Infos dazu findet Ihr ► [HIER](#) ◀

## FLOP: SPAHNS ZÜNDELN AN DER BRANDMAUER

Mein Flop des Monats ist eindeutig Jens Spahn. Wenn ein führender CDU-Politiker wie er öffentlich darüber nachdenkt, wie man mit der AfD „umgehen“ könne, ohne sich klar abzugrenzen, ist das mehr als bedenklich – es ist gefährlich. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gilt: Mit Rechtsextremen spricht man nicht über Machtoptionen, man bekämpft ihre Ideologie. Die Brandmauer zur AfD darf keine Frage der Taktik oder Beliebtheit sein – sie ist ein Prinzip. Wer sie einreißt, gefährdet die demokratische Mitte. Die SPD steht für klare Haltung: Nie mit der AfD. Keine Zusammenarbeit. Kein Kalkül auf Kosten der Demokratie.



## STÄDTEBAU

### 2 MIO. EURO FÜR MSP UND MIL

In den vergangenen Jahren flossen besonders viele Bundesmittel für den Städtebau nach Main-Spessart/Miltenberg. Allein im vergangenen Jahr unterstützte der Bund die Städte und Gemeinden in meinem Wahlkreis mit mehr als zwei Millionen Euro, um sie bei der Schaffung und dem Erhalt eines attraktiven Umfelds und guter Nachbarschaften zu unterstützen.

Schwerpunkte der finanziellen Förderung aus dem Programm „Lebendige Zentren“ waren 2024 Stadtprozelten mit 729.000 Euro für die Altstadt und Zellingen mit 368.000 Euro für den Altort und den Ortsteil Retzbach. Gut und sinnvoll investiertes Geld, denn Innenstädte sind Orte für Begegnung und Kommunikation, Einzelhandel, Arbeiten und Wohnen gleichermaßen. Hier entscheidet sich, wie die Menschen ihr Umfeld wahrnehmen und ob sie sich zuhause und wohl fühlen.

Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, das Finanzvolumen der Städtebauförderung schrittweise zu verdoppeln. Die entsprechenden Programme sollen modernisiert und vereinfacht, Innovationen besonders gefördert werden. Mehr zu den Projekten vor Ort gibt es ► [HIER](#) ◀



## AUSSCHUSS ARBEIT & SOZIALES

DBT, Werner Schüring

# ARBEIT & SOZIALES

## IM KOALITIONSVERTRAG

Wenn die neue Bundesregierung ihre Arbeit aufnimmt, gibt es in meinem Arbeitsbereich Arbeit & Soziales viel zu tun. Unser Ziel ist ein gerechtes und inklusives Sozialsystem, das den Herausforderungen der modernen Arbeitswelt gerecht wird und gleichzeitig den sozialen Frieden fördert.

### Rente

Wir sichern das **Rentenniveau von 48 Prozent** bis 2031 und finanzieren das aus Steuermitteln. Es wird **keine Erhöhung des Renteneintrittsalters** geben. Auch der zwei Jahre frühere Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren bleibt ohne Abschläge möglich. Eine neue **Rentenkommission** prüft den Verbesserungsbedarf unseres Rentensystems. Darüber hinaus stärken wir die **betriebliche Altersvorsorge** und ermöglichen sie durch Förderung auch für Geringverdiener. Wer das kann und will, profitiert künftig von **Weiterarbeit** nach Erreichen des gesetzlichen Rentenalters: 2000 Euro bleiben steuerfrei.

Eine gute Nachricht für Menschen, die **Hinterbliebenenrente** erhalten: Wir werden die Hinzuverdienstgrenze verbessern und prüfen, wie wir das auch bei

der **Grundsicherung im Alter** tun können. Außerdem wollen wir neue **Selbstständige** in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Und **Eltern** vor 1992 geborener Kinder werden künftig drei volle Rentenpunkte pro Kind erhalten. Auch hier erfolgt die Finanzierung aus Steuermitteln. Mit der **Frühstart-Rente** legt der Staat künftig für jedes Kind von 6 bis 18 Jahren monatlich 10 Euro in einem **Altersvorsorgedepot** an. Die Erträge bleiben steuerfrei.

### Arbeit

Wir haben uns festgelegt, dass sich der **Mindestlohn** künftig sowohl an der Tarifentwicklung als auch an 60 Prozent des Bruttomedianlohns von Vollzeitbeschäftigten orientieren muss. Damit ist der Weg frei für einen Mindestlohn von 15 Euro im Jahr 2026. Um die **Tarifbindung** in Deutschland zu stärken, werden wir die Vergabe von öffentlichen Aufträgen auf Bundesebene daran knüpfen, dass Unternehmen Tarifbedingungen ihrer Branche einhalten müssen. So gehen Steuergelder an Betriebe, die Tariflöhne bezahlen. Und wir machen die **Mitgliedschaft in Gewerkschaften** durch steuerliche Anreize attraktiver.

Außerdem entwickeln wir die **Mitbestimmung** weiter, werden **Online-Betriebsratssitzungen** und Online-Betriebsversammlungen ermöglichen und das **Zugangsrecht der Gewerkschaften** auch digital gesetzlich verankern. Außerdem schaffen wir mitbestimmte Regeln für den Einsatz von **KI** und den Umgang mit Daten im Betrieb. Bei den künftigen Regeln zur **Arbeitszeit** – sowohl bei der verpflichtenden Erfassung als auch bei der Wochenarbeitszeit – werden wir darauf achten, dass die Gewerkschaften und die Anliegen der Beschäftigten gehört werden. >>>





DBT, Werner Schüring

&gt;&gt;&gt;

Damit wir härter gegen diejenigen vorgehen können, die **illegale Beschäftigung** betreiben oder schwarzarbeiten, werden wir die Finanzkontrolle Schwarzarbeit weiter stärken. Auch das Beratungsangebot „**Faire Mobilität**“ wird gestärkt und finanziell angemessen ausgestattet. Außerdem werden wir besonders die **Arbeitsbedingungen für körperlich stark belastete Berufsgruppen** verbessern. Für **Berufskraftfahrer** werden wir die Sanitärinfrastruktur auf Park- und Rastplätzen auf Bundesautobahnen mit kostenfreiem Zugang ausbauen. Und wir sorgen dafür, dass die **Nachunternehmerhaftung** für Sozialversicherungsbeiträge in der Kurier-, Express- und Paketdienstbranche gilt.

### Inklusion

Alle öffentlich zugänglichen Bauten des Bundes sollen **bis 2035 barrierefrei** werden. Wir schaffen ein Bundeskompetenzzentrum für **Leichte Sprache** und Gebärdensprache und verbessern die Regeln zu Qualitätsanforderungen, Zertifizierung und Zugangsrechten von **Assistenzhunden**.

Wir werden die **Schwerbehindertenvertretungen** und die **Werkstätten für Menschen mit Behinderung** stärken. Das Ziel ist mehr Durchlässigkeit für

Menschen mit Behinderung, die auf dem ersten Arbeitsmarkt arbeiten können und wollen. Gleichzeitig erhöhen wir das **Werkstattentgelt**.

### Soziales

**Sozialleistungen** sollen besser aufeinander abgestimmt werden, damit alle Bürgerinnen und Bürger ihre Ansprüche kennen und sie leichter beantragen können. Dazu sollen auch **Wohngeld** und **Kinderzuschlag** zusammengeführt werden. Gleichzeitig überarbeiten wir das **Bürgergeld** und sorgen dafür, dass Menschen, die arbeiten können, eine Arbeit finden und diese auch annehmen. Wir verschärfen die **Sanktionsmöglichkeiten** und schaffen die **Karenzzeit für Vermögen** ab. Wie viel Geld jemand in der Grundversicherung behalten darf, wird künftig an die Lebensleistung gekoppelt.

Wir werden die **Berufsorientierung** und die **Jugendberufsagenturen** stärken, damit jeder junge Mensch einen Schulabschluss und eine Ausbildung machen kann.

Außerdem setzen wir gemeinsam mit Ländern und Kommunen schnell eine Kommission zur **Sozialstaatsreform** ein, die den Auftrag hat, Möglichkeiten zur Modernisierung und Entbürokratisierung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und der Verwaltungen zu finden. Sie soll noch in diesem Jahr ein Ergebnis präsentieren.

Zusammen mit dem **Sondervermögen** und den wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Koalitionsvertrags werden wir so die Wirtschaft ankurbeln und Arbeitsplätze sichern.

Ich bin bereit, diese Maßnahmen jetzt nach unserem erfolgreichen Mitgliedervotum schnell und entschlossen anzugehen

## BERLIN

Im April war ich nur eine Woche in Berlin. Durch die Neuwahlen gibt es in der parlamentarischen Arbeit eine kurze Pause. Was nicht heißt, dass nicht gearbeitet wird. Unzählige Video-Konferenzen und Telefonate haben die Vor-Ort-Gespräche in Berlin ersetzt. Ich freue mich, dass es im Mai wieder richtig los geht.



DBT, Stella von Saldern

### BESUCH AUS ELSENFELD

Drei 10. Klassen der Realschule Elsenfeld waren Anfang April zu Besuch bei mir in Berlin. Das waren ganz schön viele Schülerinnen und Schüler - und trotzdem war es eine gute Diskussion miteinander. Meine Botschaft an die Schülerinnen und Schüler: Euch gehört die Zukunft. Und da ist es wichtig gut informiert zu sein, sich einzubringen und Einblicke in viele Bereiche zu gewinnen, die unser tägliches Leben begleiten. Es freut mich, dass ich Euch solch einen Einblick - nämlich in meine Arbeit als Bundestagsabgeordneter - geben konnte. Danke für den Austausch, der einfach extrem wichtig ist.



Bundesregierung, StadtLandMensch-Fotografie

### BERLIN-FAHRT IM APRIL

50 Gäste aus Aschaffenburg, Miltenberg und Main-Spessart hatten die Gelegenheit, sich einen eigenen Eindruck vom politischen Berlin zu verschaffen. Auf meine Einladung hin waren sie im April vier Tage in Berlin. Ich habe mich über den Besuch sehr gefreut.

Nach der Anreise mit dem Zug ging es direkt vom Berliner Hauptbahnhof mit dem Bus weiter zur Ausstellung zur Geschichte der deutschen Parlamente im Deutschen Dom am Gendarmenmarkt. In den darauffolgenden Tagen war die Gruppe auch im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, im Kanzleramt und in der bayerischen Landesvertretung zu Gast.

Ein Höhepunkt der Reise war der ausführliche Besuch des Reichstagsgebäudes: Nach einer Besichtigung des Plenarsaals mit einem Vortrag zu Aufgaben und Arbeitsweise des Bundestags traf sich die Gruppe zu einem Gespräch mit mir. Ich gab dann nach einem Ausflug auf die sonnige Dachterrasse des Reichstags eine kleine Führung durch weitere Gebäude des Bundestages.

Nach vier interessanten Tagen ging es schließlich -natürlich! - mit dem Zug zurück in die Heimat.

## VOR ORT

Als Abgeordneter für den

### BUNDESWAHLKREIS

### MAIN-SPESSART/MILTENBERG

bin ich vor Ort Ansprechpartner für alle Bürgerinnen und Bürger, Institutionen, Vereine und Verbände. Da es statt maximal fünf nur zwei SPD-Abgeordnete für ganz Unterfranken gibt, bin ich auch Betreuungsabgeordneter für

### ASCHAFFENBURG & WÜRZBURG

Ich bin also Ihr Ansprechpartner von Alzenau bis Aub. Ein Gebiet, das **3.853 km<sup>2</sup>**, **104 SPD-Ortsvereine** und **789.000 Bürgerinnen und Bürger** umfasst! Eine Fläche übrigens, die größer ist als das Saarland, Berlin und Bremen zusammen.



SPD Miltenberg

### 1. MAI-EMPFANG DES DGB MILTENBERG

Solidarität ist das verbindende Prinzip der Gesellschaft: 1. Mai Empfang des DGB Kreisverbandes Aschaffenburg-Miltenberg am Freitag vorm 1. Mai im Alten Rathaus in Miltenberg. Ich habe selten so eine hervorragende, analytische, tiefgehende, ohne

Schaum vor dem Mund aber doch sehr deutliche und kritische Veranstaltung erlebt. Hut ab, es war ganz wunderbar. Vielen Dank dafür an den DGB-Kreisvorsitzenden Björn Wortmann und an meine Begleiterinnen vom SPD-Kreisverband, Kreisvorsitzende Sabine Balleier und Stellv. Landrätin Monika Wolf-Pleißmann.

### ► VIDEO



Büro Rützel

### SCHLOSS HOMBURG WIRD SANIERT

Das Homburger Schloss ist seit einiger Zeit eingerüstet. Hier finden Sanierungsarbeiten an Dach, Traufe und Holzkonstruktionen statt. Gemeinsam mit Bürgermeisterin Kerstin Deckenbrock und Josef Kuhn vom Kulturverein Schloss Homburg habe ich mich vom Sanierungsfortschritt überzeugen können.

1,66 Millionen Euro wurden für die Sanierung veranschlagt. Neben anderen Fördermitteln kommen 500.000 Euro aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm XI des Bundes, wofür ich mich in 2022 gemeinsam mit meinen damaligen Ampel-Kollegen stark gemacht habe. Bis Ende dieses Jahres sollen alle Maßnahmen beendet werden und das Baudenkmal in neuem Glanz erstrahlen.

Bis zum Weinfest ab dem 25. Juli sollen die Arbeiten am Ost- und Südflügel fertig sein, so dass dieser Bereich umfangreich für das Fest genutzt werden kann.

## VOR 195 JAHREN

**13.05.1830**

Am 13. Oktober 1949 wurde der DGB als Einheitsgewerkschaft gegründet. Das heißt: Der DGB ist parteipolitisch neutral und steht somit allen Arbeitnehmern offen, unabhängig von parteipolitischen, religiösen oder anderen weltanschaulichen Überzeugungen. Die Idee, dass die Arbeiterschaft nur durch eine solche Einheitsgewerkschaft stark sein wird, hatten KZ-Überlebende 1945. Zurück geht sie allerdings auf **Theodor York**. Der am **13. Mai 1830** geborene Tischler war in Hamburg gewerkschaftlich aktiv und hatte damals schon die Vision, eine Krankenkasse zu gründen. Mit August Bebel arbeitete er eng in der Sozialdemokratischen Deutschen Arbeiterpartei (SDAP) zusammen, 1872 formulierte er auf dem Gewerkschaftskongress in Erfurt diesen wegweisenden Antrag:

„In Erwägung, daß die Kapitalmacht alle Arbeiter, gleichviel ob sie konservativ, fortschrittlich-liberal oder Sozialdemokraten sind, gleichsehr bedrückt und ausbeutet, erklärt der Kongreß es für die heiligste Pflicht der Arbeiter, allen Parteihader beiseite zu setzen, um auf dem neutralen Boden einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation die Vorbedingung eines erfolgreichen kräftigen Widerstandes zu schaffen, die bedrohte Existenz sicherzustellen und eine Verbesserung ihrer Klassenlage zu erkämpfen.“

Lese-Tipps

hierzu gibt es:

► **HIER** ◀

und ► **HIER** ◀



Der wahre Jacob, Nr. 107 (1890), S. 856; UB Heidelberg



Büro Halbleib

## DANONE

### AUS FÜR DAS WERK IN OCHSENFURT

Anfang April gab es gleich zwei Termine in Ochsenfurt: Erst habe ich mich zusammen mit MdL Volkmarr Halbleib und unserer AfA-Landesvorsitzenden Katharina Räth mit dem Betriebsratsvorsitzenden Ernst Valentin und weiteren Betriebsräten von Danone Ochsenfurt und dem Geschäftsführer der Gewerkschaft NGG Ibo Oçak getroffen. Gervais hat mitgeteilt, das Werk Ende 2026 zu schließen. Es geht um 200 Arbeitsplätze im Werk und noch viele Dutzende drumherum. Es geht jetzt darum, das Werk zu halten. Falls es nicht mit Danone geht, so könnten vielleicht andere bereit sein. Dann braucht es einen guten Sozialplan und Interessenausgleich. Hinzu kommt das Instrument Arbeitsmarktdrehscheibe. Dies bedeutet, dass die KollegInnen erst gar nicht arbeitslos werden. Dafür kämpft der Betriebsrat, die Gewerkschaft und die SPD und dafür setze ich mich mit aller Kraft ein.

Der zweite Termin war im Rathaus mit Vertretern von Danone Deutschland, Betriebsrat, Gewerkschaft NGG, vier MdLs, zwei MdBs, Landrat, Bürgermeister. Danke für den offenen Austausch und Danke an Volkmarr Halbleib für die Organisation. Wir bleiben weiter dran! .

## PARTEIARBEIT

Ich bin Vorsitzender des **SPD-Unterbezirks Main-Spessart/Miltenberg**, der die Landkreise Main-Spessart und Miltenberg umfasst.

Und als Vorsitzender der **SPD im Bezirk Unterfranken** bin ich parteipolitisch von der Rhön bis zum Untermain unterwegs.



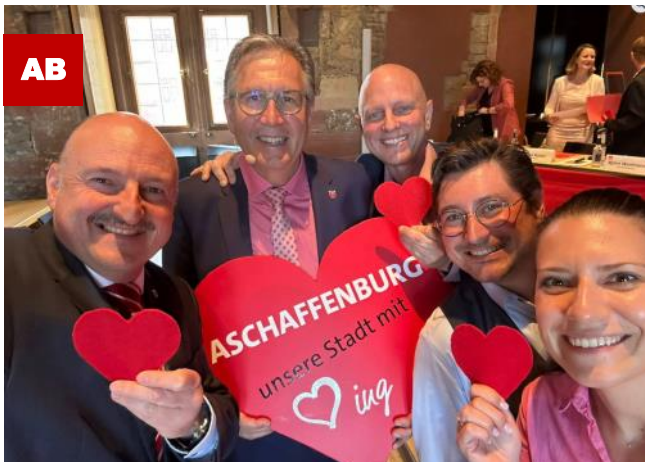
## INFO-VERANSTALTUNGEN

Um unsere Mitglieder in ganz Unterfranken über die Inhalte des Koalitionsvertrags zu informieren und um einen Austausch und eine Diskussion miteinander zu ermöglichen, hat die UnterfrankenSPD drei Vor-Ort-Termine und eine Online-Schalte angeboten.

Zusammen mit meiner Bundestagskollegin Sabine Dittmar stand ich online genauso wie in Aschaffenburg, Gochsheim bei Schweinfurt und in Würzburg Rede und Antwort.

Es waren wichtige Diskussionen untereinander. Und was bei allen vier Terminen aufgefallen ist: Egal ob man dafür oder dagegen war, es war eine sachliche, wertschätzende Diskussion untereinander. Das ist wichtig für unsere Partei und für die gemeinsame Arbeit in der Zukunft. Danke an alle, die dabei waren und mitdiskutiert haben. Und danke an alle Ortsvereine, Kreisverbände, Unterbezirke und Arbeitsgemeinschaften, die ihrerseits noch viel mehr Diskussionsabende angeboten haben. So geht Demokratie!

Das Foto wurde in Aschaffenburg aufgenommen. Paul Wendt, Britta Rothmann, Michaela und Werner Baur aus dem Ortsverein Sulzbach (Landkreis Miltenberg) waren vor Ort und haben dieses Foto gemacht.



Bernd Rützel

## NOMINIERUNG OB-KANDIDAT

Er hat mehrere 100 km Läufe absolviert, ist den New York Marathon gelaufen, machte erfolgreich Kampfsport, wurde für 50 Jahre aktiven Einsatzdienst in der Feuerwehr geehrt, war 6 Jahre Bürgermeister und seit 5 Jahren Oberbürgermeister von Aschaffenburg. Jürgen Herzing ist da, wo ein OB hingehört: Bei den Bürgerinnen und Bürgern, also bei de Leut!

Er versprach schon damals und das gilt weiter: „Die Menschen in Aschaffenburg können darauf vertrauen, dass ich auch in kritischen Zeiten die Stadt sicher führen werde.“ Am 12. April wurde Jürgen Herzing von der SPD Aschaffenburg zum OB-Kandidaten nominiert! Herzlichen Glückwunsch!

# SOCIAL MEDIA

Wer tagesaktuelle Infos, Statements und Berichte von Veranstaltungen sucht, der ist auf meinen Profilen bei

► **FACEBOOK** ◀ und ► **INSTAGRAM** ◀

genau richtig. Folgt mir dort und seid immer ganz aktuell informiert!

## FACEBOOK

Bernd Rützel ist in Miltenberg  
26. April um 12:57

Solidarität ist das verbindende Prinzip der Gesellschaft: 1. Mai Empfang des DGB Kreisverbandes Aschaffenburg-Miltenberg gestern Abend im Alten Rathaus in Miltenberg. Ich habe selten so eine hervorragende, analytische, tiefgehende, ohne Scham vor dem Mund aber doch sehr deutliche und kritische Veranstaltung erlebt. Hut ab, es war ganz wunderbar. Vielen Dank dafür an [Björn Wortmann](#), [Sabine Balleier](#), [Monika Wolf-Pießmann](#), [Horst Raupp](#), [Christoph Curs](#) und [Adrian Dederer](#) für die tolle Musik.



## INSTAGRAM



bernd\_ruetzel Gefolgt Nachricht senden

1.660 Beiträge 2.217 Follower 420 Gefolgt

Bernd Rützel, MdB  
Mitglied des Bundestages  
Main-Spessart und Miltenberg  
@spdbt  
Arbeit & Soziales  
bernd-ruetzel.de

schulz.jojo.katharina.raeth + 9 weitere Personen sind Follower

BEITRÄGE REELS MARKIERT



## FACEBOOK

Bernd Rützel  
7. April um 08:15

Drei 10. Klassen der Realschule Erlenfeld zu Besuch bei mir in Berlin sind ganz schön viele Schülerinnen und Schüler.  
Buch gehört die Zukunft. Und da ist es wichtig gut informiert zu sein, sich einzubringen und Einblicke in viele Bereiche zu gewinnen, die unser tägliches Leben begleiten. Es freut mich, dass ich Euch soich einen Einblick - nämlich in meine Arbeit als Bundestagsabgeordneter - geben konnte. Danke für den Austausch, der einfach extrem wichtig ist. (Bk: Df: Seta von Sätzen)



Bernd Rützel  
9. Mai um 14:00

Veranstaltungstopp für heute Abend!  
Am kommenden Sonntag - 4.5.2025 - wählt Würzburg ein neues Stadtoberhaupt!  
Meine Empfehlung ist Eva von Vietinghoff.  
Heute ist noch einmal eine gute Gelegenheit, sie kennen zu lernen.



Bernd Rützel  
12. April um 19:46

Superspeed wie in den 80er Jahren... in 18 Minuten von Würzburg nach Gelnhausen. Gibt es Samstag Abend mit RE 55 um 19:27 Uhr ab Würzburg. Ankunft in Gelnhausen um 19:45 Uhr. Zu meiner Lebzeit war das genauso. Strecke: 38 km ohne Halt



## FACEBOOK

Bernd Rützel  
4. April um 06:23

Letztlich zu Besuch im Deutschen Bundestag: [Christian Ude](#), Münchens ehemaliger Oberbürgermeister... Mehr anzeigen



## GASTBEITRAG



Büro Martina Fehlner

### VON MDL MARTINA FEHLNER

Landtagsabgeordnete  
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,  
Main-Spessart und Miltenberg

### Liebe Leserinnen, liebe Leser,

auch in Bayern gehört es leider zur traurigen Wahrheit, dass Frauen besonders stark von Altersarmut betroffen sind. Das zeigt der neue DGB-Rentenreport klar und unmissverständlich auf. Dreiviertel der Frauen, die im Jahr 2023 in Bayern in den Ruhestand gegangen sind, erhalten demnach weniger als 1.200 Euro Rente monatlich – also einen Betrag deutlich unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Mit so wenig im Portemonnaie schrumpfen die finanziellen Spielräume schnell gen Null, besonders in den teuren Regionen Bayerns mit hohen Lebenshaltungskosten. Dann heißt es für viele Anstehen bei einer der oft überfüllten Tafel statt Wocheneinkauf im Supermarkt. Teilhabe am kulturellen Leben? Eine Urlaubsreise? Fehlanzeige.

Nun ist das Problem der selbst im Bundesvergleich überdurchschnittlich hohen Armutsgefährdungsquote älterer Menschen im Freistaat nicht neu. Wirklich effektive Gegenmaßnahmen seitens der Staatsregierung stehen jedoch bislang aus.

Auffällig ist in Bayern die weit aufklaffende geschlechtsspezifische Rentenlücke, im Fachjargon „Gender Pension Gap“. Im Klartext heißt das, die Renten von männlichen Neu-Ruheständlern lagen im

Jahr 2023 durchschnittlich um 33 Prozent über denen von Neu-Ruheständlerinnen. Den unterschiedlich hohen Rentenansprüchen liegen vielfältige Ursachen zu Grunde. So sind Frauen (lediglich 42 Prozent) beispielsweise viel seltener in Vollzeitjobs beschäftigt als Männer (81 Prozent). Dadurch zahlen sie auch weniger in die gesetzliche Rentenkasse ein. Frauen pausieren ihre Erwerbstätigkeit auch häufiger, um häusliche Sorgearbeit zu leisten. Dazu kommt, dass Frauen häufiger in schlechter bezahlten Jobs arbeiten als Männer, obwohl sie im Durchschnitt höhere Bildungsabschlüsse vorweisen können.

Wollen wir das Altersarmutsrisiko von Frauen senken, müssen wir in erster Linie für mehr Gerechtigkeit in der Arbeitswelt sorgen. Die Schaffung ausreichender Betreuungsangebote in Kitas und Schulen ist das A und O für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir wollen deshalb die Staatsregierung beim Kita-Ausbau stärker in die Pflicht nehmen und fordern hierzu ein Sonderinvestitionsprogramm.

Zudem braucht es mehr Engagement für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen in Bayern. Damit Arbeitnehmende gesund bis zum Renteneintritt durchhalten. Und damit jene, die ihr Leben lang gearbeitet haben, von ihrer Rente auch in Würde leben können.

Das Thema Altersarmut gehört daher ganz oben auf die politische Agenda. Für einen starken Sozialstaat und eine gerechte Gesellschaft setze ich mich auch künftig mit einer Arbeit im Bayerischen Landtag mit Nachdruck ein.

Herzlichst, Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL  
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg  
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604  
buergerbuerou@martina-fehlner.de